

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,  
1,50 M. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Bereits- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebenpfennige  
Abonnement oder deren Dauer 25 Pf., im redaktionellen Teil 1 M.  
Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Aufträge  
nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 08. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse: VERBAND BOCHUM.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bei Ablieferung unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

### Warnung.

Gar lieblich tönt im Stollengang  
Zur Arbeit heller Knappensang,  
Und Gnom und Elf aus Klüften fern;  
Sie hören ihn und lauschen gern. —  
Doch was die kleinen Männerlein schreckt  
Und ihren grimmen Zorn erweckt,  
Das ist der laute schrille Schall  
Des Pfeifens und der Widerhall.  
Er schneidet durch die stille Luft  
Und dringt in Spalte, Schrund und Kluft  
Wie Messer scharf, und wedkt ein Tönen;  
Als sollte es die Wichtel höhnen,  
Die jedem Pfeifen abhold sind. —  
Drum hüte dich, du Bergmannskind,  
Du junger Knapp' in Schacht und Stollen  
Und wecke nicht des Roboids Grossen,  
Der drunten hauset, ungeseh'n. —  
Es könnte dir sonst leicht geschehn  
Wie jenem allzumuntern Knaben,  
Der auch laut pfiff beim Kohlengraben  
Und den das Hängende erschlug. —  
Die Schuld an seinem Tode trug  
Der Roboid — denn Gelächter scholl  
Durch das Geklüft' danach wie toll —  
Erschlagen hatte ihn der Wicht. —  
Drum, junger Knappe, pfeife nicht;  
Nein, singe lieber, denn Gesang  
Tönt lieblich durch den Stollengang,  
Und Gnom und Elf in Klüften fern,  
Sie hören ihn und lauschen gern. — H. K.

### Susanne Volksbetrüger.

(Weitere Lehrreiche Ausgrabungen.)

Aus dem Wahlkreis 1907 des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei:

Das Zentrum als ausschlaggebende Partei „war ein unerträglicher Zustand für jene Hurrapatrioten, welche vor keiner Belastung den Volkmassen zu rückspringen. Was ist der Zweck dieser Reichstagsausbildung? Ein „besserer“ Reichstag, eine Steuerbewilligungsmaschine, für welche in ausländischen und „weltpolitischen“ Fragen das Unbegreifliche nur auf dem Papier steht, Stärkung des persönlichen Regiments, der unbegrenzten Pumpwirtschaft und der indirekten Steuern, deren Hauptlast dann die unbemittelten Klassen tragen müssen.“

Die Steuerbewilligungsmaschine des schwarzen Schnapsblocks preßt jetzt die ausgesögten Volksmassen noch weiter bis aufs Blut!

Am 12. August lasen wir ihn in den Zentrumorganen des Ruhrgebiets und am 20. August fanden wir ihn in der „Neukirchener Zeitung“ wieder, nämlich einen Artikel im Feuilletonstil gehalten und überschrieben: „Ihr Verhalten gegenüber den neuen Steuern!“ Gewiß z. B. anregendes Kapitel, das man lesen muß. Und wir lesen:

„Na also! Der Krieg wegen Krebs und Pesthi bleibt uns erspart, und das Entwetter ist auch besser geworden. Was wollen wir denn noch mehr?“

Über die neuen Steuern! Ja, was ist denn eigentlich schlüssiger: Die neuen Steuern selbst oder das furchterliche Gesetz, das darüber gemacht wird? Die Gesetze sind nun einmal da, gezeigt muß werden; davon heißt es kein Mäuselein einen Faden ab. Der eine sagt: „Ja, denn heißt das nicht!“ und heißt herhaft in den sauren Apfel. Der andere aber dreht den sauren Apfel erst lange hin und her, malt sich in der übertriebensten Weise seine Säure aus, läßt sich von den Klagenewibern aus der Nachbarschaft das Herz noch schwerer und die Bäuche noch stumper machen und leidet so unter dem greulichen Vorgeschmack viel mehr, als durch den Bissen selbst. —

Allen unseren Heulweibern Bruder Geschlechts möchte ich wünschen, daß sie nur ein Jahr nach Frankreich versetzt würden; wenn sie wieder kämen, so würden sie einstimmig rufen: Es lebe das deutsche Steuersystem! Hier wird man nur mit Stuten gestrichen, dort mit Skorpionen gepeitscht. Das Klagen und Schimpfen ist Wahnsinn, aber es hat Methode. —

Die Steuerlast ist mit einer Tracht Schwämme zu vergleichen, wenn man sich erst um diese Tracht herumstellt und die Tränen auf die Schwämme fließen läßt, so wird die Last nur noch schwerer. Wer klug ist, greift frisch zu und hupp hat er die Geschichte auf dem Rücken. Angenähmt ist es nicht, aber es geht!“

Hupp! Nur hupp, Arbeiter, Bruder Arbeiter und du trägst nicht nur alle Kosten einer Räuberpolitik bürgerlicher Parteien. Nein, Bruder Arbeiter — wenn es die nur an dem nötigen Verstande fehlt, du trägst auch noch zu Frieden die Kosten, die man dir durch die neue Finanzreform und durch die sich anschließende Steuerung aufgelegt hat! Nur hupp! Hast du die Geschichte auf dem Rücken, geht es! Und du verträgst später noch mehr! Nur hupp, christlicher, gebildeter Arbeiter! Währenddem preßt die zentralistische Firma Karl Bachem & Co. ihren

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Kokorn, Bochum.

Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelshäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Ausnahme gelangen.

In einer Mitgliederversammlung der christlich organisierten Arbeiter- schaft in Donaueschingen gab der dortige katholische Stadt- pfarrer Dr. Feuerstein seinen Willen über die Volksausplünderer mit folgenden Worten kund:

„Die volkswirtschaftliche Tragweite der ganzen Besteuerung liegt weniger in dem absoluten Steuerdruck auf die unteren Volkstreize, als vielmehr in der durch die Schonung der oberen Klassen — und diese ist mit jeder indirekten Besteuerung des Massenkonsums gegeben — bedingten Kostenverschiebung nach unten, die doppelt ungerecht wirkt in dem Zeitpunkt, wo eine enorme Versteuerung aller Lebensmittel eingesetzt hat! In derselben Richtung wirkt die Wiederherstellung der Buckelsteuer und die Verbehaltsung der Schnapssteuer, soweit sie den ostfälischen Brennern zugute kommt, und der Getreideaufschluss, die nach Abschaffung des Identitäts- nachweises ihren Zweck verloren haben, ja geradezu als verstekte Exportprämie auf Getreide wirken. Ich suche die Gründe für die schlechte Finanzsituation im agrarischen Egoismus, für den auch der rechte gezielt maßgebende Flügel des Zentrums Verständnis gezeigt hat, in dem Verstreiben, die Bilanzreform zu gewissen innerpolitischen Wirkungen auszunutzen und in einer arroganten Unwissenheit in Steuerfragen, die über die Vorstellungen des ersten Vertreters der Steuertheorie, Adolf Wagner in Berlin, einschließlich der Tagesordnung übergang. Die Behauptung, daß der Buckelsteuer der Fleisch durch die Einschränkung direkt der Fleischsteuer erschlägt würde, ist eine Fiktion. Kein anderer als Wagner, der geistige Vater des neuen Fleisches, hat im Artikel 70 der Fleischverfassung den provisorischen Charakter der indirekten Fleischbesteuerung anerkannt. Das Fleischzentrum wird sich auf sein volkstümliches Programm besinnen müssen, oder es wird die moralische Verantwortung dafür übernehmen, daß sich die breite Basis des Volksverpers nach links verschobt und den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen die Gefolgschaft gekündigt wird.“

Der Pfarrer, der den Spahn und Konsorten diese Wahrheiten wußte, ist ein Volkswirtschaftler von außerordentlicher Bedeutung.

Zum Schluß noch das, was der katholische Pfarrer Münsterer zur Ergänzung eines früheren Artikels gegen die zentralistischen Volksausplünderer im „Papierischen Vaterland“ zu sagen hat: Münsterer schreibt u. a.:

„Ich bin mit der Sozialdemokratie z. B. vollkommen einig, so lange sie als Arbeiterpartei die berechtigten Interessen der Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Brutalität des Kapitalismus vertreibt. Soviel der Kapitalismus den Arbeitervolk mit plutokratisch-feudalem Hochmut behandelt, ist mir die Sozialdemokratie überhaupt nicht radikal genug.“

Und weiter heißt es dann:

„Nun ist es aber beim Zentrum ein Kreuz, und über dieses Kreuz haben wir gegenüber gerade in der letzten Zeit rassentheoretische Zentrumssätze (darunter natürlich auch Reichstags- und Landtagsabgeordnete) bitterlich gesagt und mich gebeten: „Schreibens doch darüber etwas ins „Vaterland“, ein Zentrumssatz getraut es sich doch nicht zu sagen.“ Dieses Kreuz besteht nun darin, daß gerade im Reichstagszentrum die „schwarzen Junker“ noch immer die führende Rolle spielen, gegen welche der „demokratische“ (sprich volkstümliche) Flügel nicht ankommen kann. „Die Gesellschaft da oben“ in Berlin wollte um jeden Preis wieder bei Hofe Platz finden, und deshalb war ihr der süddäutsche „demokratische“ Flügel schon lange ein Dorn im Auge. Unter diesen „schwarzen Junkern“, die gerade so rückständig sind wie die „blauen“ im konservativen Lager, taten Exemplare auf der Reichstagsgentzungs-C-Trompete, welche um das Linsenmus eines kaiserlichen Händedrucks struppellos die Volkslichkeit der Partei verlaufen. Ist es ja sogar eine Tatsache, daß diese „schwarzen“ Feudalproleten gewissen süddeutschen „Demokraten“ in der eigenen Partei den Gruss verweigern. Höher geht es freilich nicht. Das sei einmal offen gesagt; denn Geschworene muß man öffnen, damit sie sich entleeren können. Diese „schwarzen“ Jäger mit ihrem Parabelatholizismus auf den Ehrentribünen unserer Katholikontage haben in ihrer feudalen Rückständigkeit vom Monarchismus noch einen Begriff wie etwa Hofmarschall Kalb in „Kabale und Liebe“ von Serenissimus. Ich bin durchaus kein Gegner des Adels, aber den Adel, welcher sich als Junkertum auffüllt, sei es nun, daß das feudale Junkertum im Blut liegt oder mit dem gespalteten Feuerfest zusammenhängt, den Adel kann ich vor der Welt nicht leiden. Den Einfluß eines solches degenerierten Adels im Reichstagszentrum auszuschalten, daß nun Ehrensache einer christlichen Volkspartei sein, das fordert die Selbstbehauptungstrieb. Damit, daß die Zentrumspresse bombastisch erklärt: „Das Zentrum umfaßt den einfachen Arbeiter gerade so wie den vornehm Adeligen“, ist dem werktätigen Volk gar nichts gedient, zumal, als „einfache“ Arbeiter sehr viele adlige Lumpen an moralischem Wert turmhoch übertragen.“

Pfarrer Münsterer ist herb, aber er hat recht. Im letzten Grunde handelt es sich bei der „Volksvertretung“ der bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums um ein Ringen um das Staatskrippenfutter, um Hofsgrund, um die Besitzung hoher und einträglicher Staatsposten. In diesem Kampf um den Futtertrug ist Volkslichkeit und Demokratie selbstverständlich ein Kreuz. Um aber den „schwarzen“ Junkerproleten, die ihre eigenen Geistigengenossen den Gruss verweigern, die Steigbügel zum fortgesetzten Volksbetrug halten zu können, drängen sich heute noch scharenweise christliche Arbeiterführer heran. Es tut einem wohl, wenn dann schließlich katholische Geistliche mehr Mut und Offenheit im Kampfe um die Volksrechte bezogen, als diejenigen, die die Arbeiterschaft um ihre Führung riefen. Das muß schließlich den Dummkopfen die Augen öffnen.

Gründliche Ohrenfeigen für die schwarzen Volksbetrüger bedeuten eine Aufforderung des Leiters des christlichen Konsumvereins im Kreise Essen, Borsig, in der Zentrumspresse zum Beitritt in diesen Verein. In dieser Aufforderung heißt es unter anderem:

„In der gegenwärtigen Zeit, wo die Folgen einer ungünstigen Finanzpolitik durch Besteuerung der notwendigsten Lebens- und Gebrauchsmittel, wie Kaffee, Mehl, Brot, Fleisch, Getreide, Tee, Bier, Tabak, Streichholzer usw., sich bemerkbar machen, sollten alle Konsumen an Ersparnisse beim Einkauf denken.“

In weiteren Angriffen auf die Essener Mittelstandsvereinigung, zu deren hervorragendsten Mitgliedern Zentrumsteile gehörten, heißt es dann:

„Die Kaufende Beamten und Arbeiter, deren Einkommen heute schon bis zum letzten Pfennig versteuert wird, die durch die immer höher werdenden indirekten Steuern aufs empfindlichste getroffen werden, sollen für die treue Sorge um Frau und Kinder um einige Kleinkaufleute bzw. Krämer willen, die in Süde doch vom privaten Großkapital verdrängt werden, nochmals mit 10 Proz. ihres Einkommens, das in den meisten Fällen eben zum Leben reicht, besteuert werden.“

Die „Essener Volkszeitung“ hat über diese guttessenden Neuherungen bitter Tränen geweint, die übrigen Zentrumsläuter haben die Aufforderung totgeschwiegen!

In einer öffentlichen Volksversammlung in Linden a. d. Ruhr nahm auch das Mitglied und der örtliche Agitator des Gewerkschaftschristlicher Bergarbeiter, Walter, das Wort. Er gab folgende Erklärung ab:

„Meine Herren! Ich bin nicht in der Lage, die Steuerpolitik des Zentrums zu rechtfertigen, weil sie sich nicht rechtfertigen läßt!!!“

Was sich nicht rechtfertigen läßt, ist wohl nicht wert, daß die gesamten christlichen Arbeiter dagegen protestieren!

# 26011 Bergarbeiterleichen!!!

1220 046 Verunglücksungen insgesamt: 147 326  
Schwerverletzte, 2001 Totel Das ist die Bilanz, die wir bezüglich der Unfälle im deutschen Bergbau seit dem Jahre 1888/89 zu ziehen haben. Im Jahre 1908 allein verunglückten 2051 tödlich. 190 Bergarbeiter verunglückten dauernd tödlich erwerbsunfähig; dauernd teilweise erwerbsunfähig 4322 und 6337 vorübergehend erwerbsunfähig, insgesamt also 12 799 schwer oder tödlich. Unfälle überhaupt wurden 1908 103 077 angemeldet bei 708 878 versicherten Personen. Pro 1000 versicherte Bergarbeiter verunglückten tödlich bzw. entschädigungspflichtig:

1886	0,00	1905	15,55
1890	8,54	1906	15,71
1895	11,89	1907	15,54
1900	12,19	1908	16,03

Seit dem Jahre 1886 gibt es kein Jahr, wo pro 1000 versicherte Bergarbeiter sowohl tödlich verunglückten wie 1908: 2,57 pro Tausend! Absolut wie relativ hat trotz aller Schönsäuberer der Werksagenten die Zahl der Verunglücksungen in grauerregender Weise zugenommen.

Da nun die Massenverunglücksungen auch ihre Ursachen haben, so ist es angebracht, hierüber den Bericht der Knapschaftsversicherungsanstalt für das Jahr 1908 sprechen zu lassen.

In den letzten Jahren verunglückten die meisten Bergarbeiter an Samstagen, an Dienstagtagen erfolgten die zweitmeisten Verunglücksungen, um dann am Mittwoch sich zu verringern und von da ab an Samstagtagen sich fortgesetzt zu steigern. Der Montag weist die wenigsten Unfälle auf. Der Bericht sieht die Ursachen der häufigen Unfälle an Samstagtagen in der fortschreitenden Erblindung der Bergarbeiter, die an diesen Tagen die Höchsttage erreicht. Dass aber die Zahl der Unfälle am Dienstag nur wenig geringer als am Samstag, aber bedeutend höher ist wie am Mittwoch, kann nur seinen Grund in dem Feiern der Bergarbeiter am Montag haben! In diesem Sinne sprächen sich — so sagt der Bericht — auch Inspektionsbeamte aus. „Infolge der höheren Verdienste werde weniger gearbeitet, namentlich an den Arbeitstagen nach Sonn- und Festtagen“, oder „es ist der blaue Montag gefürchtet“ oder „die Ursachen der höheren Unfälle an Dienstagtagen ist auf den Altkohlgenuß zurückzuführen.“

Diese letzteren Beurteilungen der Ursachen der Unfälle reihen sich würdig dem Gutachten der Knapschaftsversicherungsanstalt nach, dass diese über die gemachten Beobachtungen und Erfahrungen hinsichtlich der Ursache der Steigerung der Unfälle im vergangenen Jahre an das Reichsversicherungsamt erstaute, an. Nur ging man in dem Gutachten noch weiter. Man gab Schuld für die steigende und hohe Unfallziffer der wachsenden Vertrautheit der arbeitenden Bevölkerung mit den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes, ferner führte man die Schuld noch zurück auf die zunehmende Neigung der Versicherten, bestehende Krankheitserscheinungen im Zusammenhang mit irgend einem behaupteten oder tatsächlichen Unfall zu bringen! Die Versicherten würden in diesem Bestreben von Winkelkonsulenten und Arbeitersekretariaten unterstützt; in der Simulation, in der wohlwollenden Auslegung der Gesetze liege die weitere Ursache der Unfallsteigerung. Im Gutachten befähigt man sich nicht näher damit, ob Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der Ursache der hohen Unfallziffer in Verbindung gebracht werden können! Man sucht nach Erscheinungen, die mehr mittelbar wirken, d. h. wo sie überhaupt mitwirken.

Im Bericht selbst geht man in der Beurteilung der inneren Ursachen der Unfälle schon mehr auf diese ein. Da wird festgestellt, dass 68,73 Prozent aller schweren entschädigungspflichtigen Unfälle im Berichtsjahr auf die Gefährlichkeit des Betriebes, 1,88 Prozent auf die Mängel des Betriebes im besonderen, 3,58 Prozent auf die Schuld der Verleger selbst zurückzuführen sei. Fast ein Drittel aller Unfälle kommen vermieden werden, meint der Bericht, wenn die Bergleute gehörig aufmerksam wären und leichtsinnige Handlungen unterließen!!!

Wir sehen nicht an, zu erklären, dass Unfälle vorkommen, die auf Leichtsinn und Unaufmerksamkeit zurückgeführt werden können, aber was die Knapschaftsversicherungsanstalt in ihrem Bericht wiedergibt, glaubt ihr kein Mensch, der etwas vom Bergbau versteht und sich eine gerechte Beurteilungssage bewahrt hat. Wer die Färbung der Berichterstattung erkennen will, mag sich nur die Zahlen über diejenigen Unfälle ansehen, die infolge der „Mängel des Betriebes im besonderen“ entstanden sind. Hier verunglückten, wie angegeben, nur 1,33 Proz. oder 171 Menschen!

Im Jahre 1908 aber fiel die Katastrophe von Radbod mit 348 Toten und 21 Verwundeten. Diese Massenkatastrophe gehört

nach allem, was wir über die Ursachen des Massenunglücks und über den Zustand der Grube Radbod vor dem Unglücksjahr feststellten, zu den Unfällen, die infolge der Mängel des Betriebes im besonderen hervorgerufen worden sind. Weiß der Henker, unter welcher Rubrik diese Katastrophe im Bericht der Knapschaftsversicherungsanstalt gebucht wird. Bisher verlautete es zwar, dass auf Radbod „alles in bester Ordnung“ war. Und dennoch

das Massenunglück! Heute und früher wissen wir aber, dass nicht alles in bester Ordnung war, sondern dass sich Mängel eingeschürgt hatten, die schließlich zu einer solchen Katastrophe führen mussten! Wie oft sollen wir das noch sagen? Nun, es ist für die Berufsgenossenschaft viel leichter, die Verunglückten und Arbeiterssekretäre zu beschimpfen, diese zu beleidigen, als die Ursachen großer Katastrophen aufzufinden. Wer so leichtfertig Urteile in Gutachten abgibt, wie wir das oben gezeigt haben, der hat das Recht verloren, das man ihm aufs Wort glaubt.

Wein der Bericht sagt, dass 28,36 Proz. sämtlicher schweren Unfälle auf die Schuld der Verleger zurückzuführen ist, dann müssen hierfür andere Gründe angeführt werden, wie sie uns die Berufsgenossenschaft angibt. Ist es etwa die „Neuentzündung“, mit der man bisher die hohe Unfallziffer begründete und mit der man — wenn auch in verstieckter Form — noch im vorjährigen Gutachten operierte? 3631 schwere entschädigungspflichtige Unfälle sollten in einem Jahre aus Leicht, inn und grober Unaufmerksamkeit passieren? Ein welches Äquivalent windet dem joch einem Verunglücken, einem Menschen, der sich die Knochen unwillig zerbrechen und die Lein zerquetschen lässt? Zu den körperlichen und seelischen Schmerzen treten nun wieder Unfällen doch höhe Verärgungen, schlimme Behandlungen ein. Gleich und Not gesellen sich zu ihnen!

Eine Vollrente betrug 1908 durchschnittlich 779,04 Mt., die Durchschnittsrente 231,52 Mt. Sind das Summen, die die Bergarbeiter reizen können, sich auf die Jagd nach Rente zu begeben? Wenn ja, dann hätte es nicht 3631 Verunglückte im Jahre 1908 gegeben, sondern auch 3631 Wahnsinnige!!

Eine solche Berichterstattung, wie man sie innerhalb der Knapschaftsversicherungsanstalt sieht, richtet sich selbst. Unser Berichterstattung ist schon längst hin, war überhaupt noch nicht da! Nicht einmal haben Arbeiter gar keinen Einfluss auf die Feststellungen der Ursachen der Unfälle. Vielleicht wird das noch kommen, wenn die sog. Sicherheitsmänner in Wirklichkeit treten. Nicht umsonst hütet sie Fragen anzuschneiden, die mit den Ursachen der Unfälle ganz anders im Zusammenhang stehen, wie die vorgenannten Beurteilungen der Unfallsachen durch die Knapschaftsversicherungsanstalt in ihrem Bericht wie in ihren Gutachten nicht wussten haben die Grubenbesitzer mit allen

Mitteln dagegen gearbeitet, dass die Arbeiter sich mit den Unfallfragen so zu beschäftigen haben, wie die kommenden Sicherheitsmänner es tun sollen. Zur „weißen Salbe“ wollen die Herren das Gesetz machen. Nun, wir werden ja sehen, was wird!

Zunächst suchen wir die heutigen Unfallsachen nur zu einem Teil in der Geschäftlichkeit des Betriebes an sich. Diese Art Unfälle wird eingeschränkt werden können, wenn die Grubenbesitzer den Mut haben, alles zu tun, um die Geschäftlichkeit zu bewahren, wenn dem Bergarbeiter schutz durch sie mehr Sorgfalt als bisher entgegengebracht wird. Gustände auf der Grube, wie wir sie fortgesetzt in der Presse zu veröffentlichen gezwungen sind, lassen sich vermeiden. Nur guten Willen!

Die Ursachen der meisten vorgekommenen Unglücksfälle suchen wir hingegen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, denen der Bergarbeiter in einem so gefährlichen Betrieb wie der Bergbau noch unterworfen ist. Unfallfragen hängen mit Lohnfragen eng zusammen, sie hängen auch damit zusammen, wie Arbeiter von den Grubenbesitzern behandelt werden. Wie die Bergarbeiter darunter in der Tiefe behandelt werden, davon kann ein jeder von Ihnen ein Gedanken.

Und zum dritten ist Schuld an den hohen Unfallziffern der mangelhafte gesetzliche Bergarbeiter schutz. Das, was das Gesetz bisher den Bergarbeitern an Bergarbeiter schutz geboten hat und was es künftig durch Einführung der Sicherheitsmänner noch bieten wird, ist nicht das, was zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter verlangt werden kann!

Achtung und Anerkennung der Bergarbeiter, Achtung und Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen, gesetzlich wie durch die Bergwerksbesitzer! Erst dann werden wir so riesige Opfer, wie sie der Bergbau bisher erforderte, nicht mehr zu beklagen haben.

## Jahresbericht des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund.

### II.

Der Bericht stellt fest, dass im Jahre 1908 der wirtschaftliche Niedergang zum vollen Durchbruch kam, der sich vor allem in der Entwicklung unseres Stahlhandels bemerkbar macht. Dieser ging in der Einführung (ohne Edelmetalle) um 10 827 Mill. Mark und in der Ausfuhr um 446,7 Mill. Mark zurück. Die wesentliche Geldverbilligung gab u. a. den Baugeschäften nicht die nötige Anregung zur Geschäftsausdehnung. Ferner beeinflusste die wirtschaftliche Krisis stark die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen und die Eisenproduktion, die stark abnahm. Dahingegen hat die deutsche Kohlenförderung auch im Jahre 1908 eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Steinkohlenförderung war mit 148,5 Mill. Tonnen um 5,4 Mill. Tonnen größer als im Jahre 1907, bei der Braunkohlenförderung, die einen Umsatz von 66,7 Mill. Tonnen erreichte, betrug der Zuwachs 4,2 Mill. Tonnen. Die Brikettzerzeugung stieg um 1,8 Mill. Tonnen auf 18,2 Mill. Tonnen. Nur die Kokserzeugung, die unter der ungünstigen Lage der Eisenindustrie stark zu leiden hatte, sank von 21,94 auf 21,17 Mill. Tonnen.

Der Außenhandel des deutschen Reiches in mineralischen Brennstoffen zeigte im Berichtsjahr die in Zeiten rücksichtiger Konjunktur übliche Entwicklung: eine Abnahme der Einführung und eine Zunahme der Ausfuhr.

Der Steinkohlenverbrauch des deutschen Reiches berechnete sich 1908 unter Abzug der Verluste auf 189,1 Millionen Tonnen gegen 186,8 Mill. Tonnen im Vorjahr. Die Zunahme ist jedoch nur scheinbar, da gewaltige Mengen aufgehäuft wurden. Aehnlich ist es mit den übrigen Kohlenprodukten.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir außerhalb des Rahmens des Berichtes noch feststellen, dass trotz anhaltender Krise die Kohlenförderung sich auch im Jahre 1909 auf ziemlich lebhafter Höhe gehalten hat. So wurden gefördert bzw. hergestellt in den Monaten Januar bis Juli: Steinkohlen 85 181 881 Tonnen (im gleichen Zeitraum des Vorjahrs 85 906 847 Tonnen), Braunkohlen 33 222 197 (37 649 385) Tonnen, Koal 12 164 578 (12 338 053) T., Prezkohlen aus Steinkohlen 2 178 815 (2 313 473) und Prezkohlen aus Braunkohlen 8 383 248 (8 074 922) Tonnen. Die Steinkohlenindustrie hat unter der Krise gelitten, die Braunkohlenindustrie vermochte ihre Produktionsmenge sogar noch zu steigern!

Der Bericht des Bergbaulichen Vereins geht des längeren auf die Verhältnisse im Oberbergamtbezirk Dortmund ein und gibt über die Belegschaftszahl, Menge und Wert der Förderung seit 1900 folgende Zusammenstellung:

Belegschaft einschließlich Steinkohlenförderung Wert d. Förderung Jahr techn. Grubenbeamte (in 1000 Tonnen) (in 1000 Mark)

1900	226 902	59,619	508 797
1901	243 926	58,448	512 185
1902	243 963	58,039	486 775
1903	255 992	64,690	535 684
1904	270 259	67,534	556 954
1905	267 798	65,374	548 918
1906	278 719	76,811	672 565
1907	303 089	80,183	763 218
1908	334 733	82,665	831 406

Über die Zunahme der Förderung hinaus nahm im Jahre 1908 gegenüber dem Jahre 1907 die Erhöhung der Kohlenpreise zu (Wert an der Schachtöffnung). Der Preis pro Tonne stieg von 9,52 Mt. auf 10,06 Mt. Und das trotz der Krise, die 1907 stark die einzelnen größeren Gewerbe berührte!

Zu ganzem Ruhrtalgebiet, also einschließlich Beide Rheinpreußen, betrug 1908 die Förderung 85 045 430 Tonnen, davon wurden 2 994 770 Tonnen von nichtindizierten Betrieben gefördert, gleich 3,52 Prozent der gesamten Förderung.

Während im Jahre 1907 die Förderung den Syndikatzeichen völlig freigegeben war, machte sich 1908 die Aufrechterhaltung dieses Zustandes unmöglich. Im März wurden die Beteiligungsanteile um 10, im April um 15 Proz. ermäßigt, nachdem man für die folgenden sechs Monate mit einer Herabsetzung von 12,5 Proz. ausgetreten war, führte die Verschärfung der Abfatzschwierigkeiten in den beiden Schlümonaten des Jahres zu ihrer Erhöhung auf 20 Prozent.

Der britischen Kohle ist es möglich gewesen, den im Jahre 1907 infolge der im deutschen Wirtschaftsgebiet herrschenden allgemeinen Kohlenknappheit auf dem Hamburger Markt erobernen Boden nicht zu behaupten, sondern auch noch weiter auszudehnen, so dass sie an dessen Verjüngung mit 68,30 Proz. beteiligt war gegen 67,14 Proz. im Jahre 1907; ebenso verzeichnete die britische Kohle auch einen Mehrabsatz auf dem Berliner Markt. Auf dem Hamburger Markt traten die Ruhrgruben mit den britischen in Konkurrenz und in Berlin auch einige der übrigen bedeutenden Bergwerksbetriebe. Die Gesamtzahl der im Ruhrbecken rechtzeitig durch die Eisenbahnverwaltung nicht gestellten Wagen ist von 269 045 im Jahre 1907 auf 39 646 im Jahre 1908 gefallen.

Recht verzerrt spricht sich der Bericht über die Nichtbewilligung der verlangten Reform im Eisenbahnbau aus, die u. a. die Ermäßigung des Abfertigungsgebühren, Einführung von Selbstentladern und des Pendelbetriebes zur Beschleunigung des Güterverkehrs, sowie eine weitere Staffelung und Ermäßigung der Tarife um zu umfassen hätte. Es wiederholte sich immer dasselbe Spiel. Zu Zeiten einer Hochkonjunktur wird die Förderung auf Bewährung billiger Tarife und anderer Verkehrserleichterungen abgeschlagen, weil die Industrie auch ohne solche gut verdient, in schlechten Zeiten, weil die ungünstige Finanzlage des Staates der-

artige Maßnahmen nicht zulasse. Mit einer solchen Begründung könne man sich nicht einverstanden erklären, da man auf diesen Wege zu seinem Ergebnis gelange. Es hätten statt Erhöhungen der Tarife noch Erhöhungen stattgefunden, die die Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt hätten. Es ist der alte Streit, dass die bestehenden Tarife eine Folge der gegen die Syndikatsstatistik erhobenen Klagen sind. Das Syndikat ist sehr oft, und leider auch oft, nicht geneigt, sich in der Preispolitik wie in den Preisführungsbestrebungen die nötige Mäßigung aufzuerlegen. Und solange das der Fall ist, wird man gut tun, das Syndikat in seiner Taktik noch zu beeinflussen. Sonst kennen die Wettbewerber keine Grenzen mehr. Die Beispiele, die sie im Wettbewerb im In- und Ausland gegeben haben, und die sich in den Preisen ganz unliebhaft bemerkbar machen, sind nicht Rechnung zu tragen.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Die wirtschaftliche Depression, die den Ließstand früherer wirtschaftlich ungünstiger Konjunkturen weit übertrifft, hat im Jahre 1908 für die gewerkschaftlichen Organisationen schwere Opfer erfordert. Nicht nur ein Verlust an Mitgliedern ist eingetreten, sondern auch eine finanzielle Anforderung an die Organisationen gestellt, um die Not der Mitglieder wenigstens in etwas zu lindern. Die Befürchtungen, die in Gewerkschaftskreisen bezüglich des Mitgliederverlustes aufstanden, sind glücklicherweise nicht erfüllt. Die Mitgliederzahl, die in den freien Gewerkschaften 1907 1865 506 betrug, ist im Jahre 1908 auf 181 721 gefallen. Das sind die Bissern im Jahresdurchschnitt. Der Mitgliederverlust im 4. Quartal 1908 gegenüber dem 1. Quartal 1908 ist noch beträchtlicher. Er beträgt insgesamt 75 183. Wir haben diese Entwicklung des Mitgliederrückgangs in den Gewerkschaften bei jeder Krise erlebt, besonders in den Berufen, wo infolge der Krise große Arbeitslosigkeit vorherrscht. Erklären nicht die Anzettelchen, dann liegt der Ließstand der Krise hinter uns. Wir sehen, wie eine geringe Anzahl Verbände, die im Jahre 1908 an Mitgliedern verloren, im Jahre 1909 wieder an Mitgliedern gewonnen. Während 85 Verbände im Jahre 1908 Mitglieder einbüßten, gab es 24 Organisationen, deren Mitgliederstand erhöhte, darunter der Bergarbeiterverbund. Selbstverständlich erlitten auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen in der deutschen Arbeiterbewegung Einschläge. Die dem Gesamtverbund christlicher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen verloren 1904 Mitglieder, die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine 926, zu Prognosen berechnet verloren 1908 die freien Gewerkschaften 1,3, die christlichen Gewerkschaften 2,8 und die H.-D. Gewerkschaften 3,0 Prognosbereitschaften. Wenn man berücksichtigt, dass die freien Gewerkschaften in den Jahren 1904 bis 1907 rund 800 000 Mitglieder gewonnen, so ist der Rückgang 1908 kaum bemerkenswert.

Die an Mitgliederzahl stärksten Verbände sind der Metallarbeiterverbund mit 360 099, der Verband der Männer 175 019, der Holzarbeiter 146 337, der Fabrikarbeiter 136 195, der Textilarbeiter 116 103 und der Verband der Bergarbeiter mit 112 192 Mitgliedern.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften betrug 1907 136 929, im Jahre 1908 138 443.

Bei der Gesamtübersicht über die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland können nur die gewerkschaftlichen Zentralverbände,

gegen ihre in den gewerkschaftlichen Centralverbänden organisierten Arbeitsgenossen zu kämpfen. Es war für die Centralverbände allerdings nicht möglich, während der Zeit des Sozialistengesetzes und auch viele Jahre nach Fall des Gesetzes unter der Polizeiwillkür ihre Aufgaben voll zu erfüllen. Kaum aber bot sich ihnen die Möglichkeit ruhiger Entwicklung, so ließen sie die anderen beiden Organisationsgruppen auch auf dem Gebiete der Unterstützungseinrichtungen weit hinter sich. Der in den letzten Jahren in der Gewerkschaftsstatistik hierfür erbrachte Nachweis schmälerte die Leistungen der anderen beiden Organisationsgruppen aufs tiefste. Wurde ihnen doch dadurch der wichtigste Stoff für ihre Agitationen, die gewerkschaftlichen Centralverbände entzogen. Die Hirsch-Dünterschen Gewerkschaften glaubten, die unliebsame Situation durch ein statistisches Manöver für sich günstig gestalten zu können. Sie stellten die Einnahmen und Ausgaben der mit ihnen in Verbindung stehenden freien Hilfskassen als Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften in ihre Statistik ein. Sie müssen sich aber schon damit abfinden, daß die Arbeiterschaft in Deutschland geistig zu weit vorgeschritten ist, um sich durch eine solche Schiebung täuschen zu lassen. Die christlichen Gewerkschaftsführer, wendungsfähig, wie es Centrumchristen geziemt, wenn der Zweck erreicht werden soll, kommen zu der gegenteiligen Auffassung über den Zweck der Gewerkschaftsbewegung, als sie bei Einsichten der christlichen Gewerkschaftstätigkeit vertreten wurde.

Zu dem Bericht über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 lesen wir, nachdem der gläubigen christlichen Gewerkschaftsmitgliedern vorgeschrifft ist, daß die gewerkschaftlichen Centralverbände sich mit Hilfe hoher Votabeträge hohe Durchschlagskräfte an Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder berechne, folgende Sätze: „Zudem müssen mit dieser bloßen maßnahmenlosen Agitation geradezu die ideellen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer wohl kaum mit dieser Art Agitation gehabt werden.“ Und weiter: „Und mit einem Nidol am höheren Unterstützungen kann fürwahr nicht die Art an die Wurzel der christlichen Gewerkschaften gelegt, wohl aber ganz bedenklich gegen die Gewerkschaftsaufgaben und die wahren Interessen der Arbeiter geführt werden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der sich als die stärkste Arbeiterorganisation der Welt ausstellt, müste in den letzten Jahren fast einen größeren Kampf ausweichen, weil seine Kräfte bei ihm ein künftiges Kapitel bilden. Man braucht den Streck nicht als Altheit anzusehen und wird trotzdem an der Tatsache nicht vorbeladen, daß um die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und um die Anerkennung des Persönlichkeitswertes des Arbeiters wohl kein Gewerbe noch in solch schwere Kämpfe verwickelt werden wird, als die deutsche Metallindustrie. Und womit sollen diese ausgetragen werden? Mit radikalen Phrasen ist den Industriebürgern in der deutschen Metallindustrie nicht zu imponieren. Hier müssen, neben der Gesetzgebung, Massenorganisationen der Metallarbeiter mit eiserner Selbstachtung, straffer Disziplin und gefüllten Organisationklassen ergänzend einsetzen.“

Den Deutschen Metallarbeiterverband, der 1908 bei 360 099 Mitgliedern eine Einnahme von 38,40 Ml. (davon 27,81 Ml. an Verbandsbeiträgen) und einen Vermögensbestand von 16,34 Ml. pro Kopf der Mitglieder hatte, brauchen wir gegen diese Angriffe wohl nicht zu verteidigen, denn wir schreiben nicht für „Gläubige“, sondern für Leute, die in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Offenbar hat der christliche Metallarbeiterverband mit seinen 26 427 Mitgliedern, einer Einnahme von 25,50 Ml. und einem Kassenbestand von 27 Ml. pro Kopf der Mitglieder die Aufgaben erfüllt, die der Schatzmeister des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den Gewerkschaftsorganisationen nunmehr zugewiesen wissen will. Dafür einen Nachweis zu erbringen, hilft sich der christliche Gewerkschaftsstaatler, denn das Gegenteil müßte erwiesen werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband verausgabte im Jahre 1908 an Unterstützung für Streiks und Gewerkschaften 4,01 Ml. pro Kopf der Mitglieder, d. h. fast dreimal soviel wie der christliche Verband, der hierfür nur 1,45 Ml. pro Kopf der Mitglieder ausgab.

Doch, das ist bei Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht das Entscheidende, sondern die Handlung, die sich bei diesen Organisationen vollzogen hat, verbient besondere Beachtung. Dieselben Organisationen, deren Leiter heute gegen die Unterstützungseinrichtungen polemisierten und zum Kampf aufriefen, wollten bei ihrer Gründung von diesem nichts wissen. Die erste christliche Gewerkschaft, der am 28. Oktober 1894 gegründet Ge- werkverein christlicher Bergarbeiter, beschloß als Mittel zur Erreichung seines Zweckes, nur anzuerkennen: „Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohnfragen und bei berechtigten Wünschen und Beschwerden, Eingaben und Petitionen an die Werkstätten, Vergebühren, Regierung, Parlamente, beschreibende und bildende Vorträge auf dem Gebiete der Berggesetzgebung, des Bergbaus und der Bestrebungen der Bergarbeiter in anderen Revieren und Ländern.“ Vom Kampf mit den Unternehmern war keine Rede, es wurde im Gegenteil ohne Widerspruch erklärt, daß der Gewerke verein keine Kampfesorganisation sein dürfe. Auf dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899) hatte man sich bereits soweit entwickelt, die Notwendigkeit der Arbeitsaufstellung nicht völlig zu verleugnen. In den Leitsätzen, die dort beschlossen wurden, heißt es bezüglich der Taktik der Gewerkschaften: „Es ist nicht zu vergeben, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; darauf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammenhängende Faktoren der Arbeit, der letzteren Rechte auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauch selbst zu vertreten haben. Beide Teile beanspruchen mit Recht eine grundsätzliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals; der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion. Darum soll die ganze Wirklichkeit der Gewerkschaften von vornherein Geiste durchdringen und getragen sein. Die Forderungen müssen massvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden.“ Der Ausstand darf nur als leistungsfähiges Mittel und, wenn Erfolg verheißend, angewandt werden.“ Welch eine friedliche Stimmung 1899 und nun nach einem Jahrzehnt der Kampfesfests, der Vorwurf gegenüber den Centralverbänden, daß sie nicht genügend für den Kampf rüsten! So ändern harte ökonomische Tatsachen die Ansichten und die Handlungen der „Christlichen“ werden damit ihren Abschluß noch nicht gefunden haben. Es ist das eingetreten, was auch wir bei den ersten Aufstehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung sagten: Macht man erst den Arbeiter mit der gewerkschaftlichen Bewegung vertraut, so wird er auch bald lernen, den richtigen Gebrauch von ihr zu machen. Der Fortschritt, welchen in den letzten Jahren die Unternehmerorganisationen aufweisen, zwingt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wohl oder übel zur Kampfesstellung, denn nur nach harren Kämpfen erfolgt die Anerkennung der Gewerkschaften und die Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen.

## Bolstwirtschaftliche Rundschau.

München-Gladbach gegen München-Gladbach.  
Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, die ebenso für Reichsversicherungs- und Erbabschaffungssteuer schwärmt und entrüstete Artikel gegen die Vermeidung der indirekten Steuern brachte, sieht sich jetzt nachdem das Zentrum als Teilhaber des Schnapsblocks dem Volke 365 Millionen indirekte Steuern aufgehalst, in die erhebende Lage versetzt, zu weisen, was sie vorher verdammt und zu verdammen, was sie vorher geprahzt hat. In seiner letzten Nummer räsoniert das Blatt über die sozialdemokratische Presse, die sich andauernd über die Belastung der breiten Massen, die Schädigung des Besitzenden und die „Auswucherung

des Proletariats“ erweise. Befürdert wendet sich das Blatt gegen zwei „Vorurteile“:

1. daß die indirekten Steuern so gut wie ausschließlich aus den Taschen des weniger bemühten Volkes stammen;
2. daß die Steuern auf den Massenverbrauch bei weitem den größten Teil aller Ausgaben darstellen.

Um das letztere „Vorurteil“ zu widerlegen, weiß das Blatt hin auf die in den Einzelstädten und Gemeinden erhobenen direkten Steuern, die zum weitaus größten Teil von den leistungsfähigen Schultern getragen würden, also im wesentlichen Besitzenen seien. Nach der neuesten in M.-Gladbach gültigen Steuerpolitik hat es der deutsche Arbeiter wohl gar als ein Glück zu empfinden, daß er nur die Lasten des Reiches und nicht auch noch ausschließlich die der Bundesstaaten und Gemeinden zu tragen hat. Über abgesehen von diesem Muster „ausgleichender Gerechtigkeit“, wie ist es denn mit dem „Vorurteil“, daß die indirekten Steuern so gut wie ausschließlich die Massen belasten? Zu M.-Gladbach, verlegt und gedruckt an der selben Stelle wie die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, erscheint eine Monatschrift „Soziale Kultur“, redigiert von Professor Hölz und Dr. Hohn, Direktor des Katholischen Volksvereins. Im Oktoberheft des Jahres 1905 findet sich in dieser Zeitschrift ein Artikel über „Steuerreform und Steuerpolitik“, der den in Zentrumskreisen nicht ganz unbekannten Abgeordneten Matthias Erzberger zum Verfasser hat. In diesem Artikel werden zunächst die Kosten des Sozials, Glotze und Weltpolitik berechnet, die nach Erzberger im Jahre 1904 rund eine Milliarde ausmachten. Dann heißt es:

„Davon entfallen rund 700 Millionen jährlich auf unentbehrliche Nahrungs-, Genuss- und Gebrauchsmitte der beschäftigten breiten Massen, durch welche diese ganz außer Verhältnis zu ihrem Einkommen belastet werden, während der wohlbabendere Teil der Bevölkerung im Verhältnis zu seinem Besitz und Einkommen nur sehr wenig zu den Bedürfnissen des Reiches beiträgt!“

Da direkte Steuern vom Reiche nicht erhoben werden, so kann man mit Recht sagen: alle diese Militär-, Marine-, Pensions- und Weltpolitisches des Reiches werden nicht von den Beschäftigten, von den Millionären, Kommerzienrätten, Großgrundbesitzern und Großindustriellen aufgebracht, sondern von der breiten Masse des arbeitenden, im harten Kampf um seine Existenz ringenden Volkes.“

So sieht M.-Gladbach durch den Mund des Abgeordneten Erzberger im Jahre 1905 verklärt. Wer Jahre darauf müssen sich zur höheren Ehre des Zentrums dessen M.-Gladbacher Handlanger im Spiegel ihres Angesichts um den Nachweis beweisen, daß das Gegenteil zutrifft, daß nämlich die indirekten Steuern durchaus nicht vorwiegend aus der Tasche der beschäftigten Massen stammen!

Und nun das zweite „Vorurteil“, um dessen Widerlegung die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ sich in der Glut der Hundstage bemühten muss. Wie das Blatt herausblüht, kommen von allen gezahlten Steuern nur zwei Fünftel auf das Reich und drei Fünftel auf die Bundesstaaten und Gemeinden, und die hier gedachten direkten Steuern sollen vorwiegend den Beschäftigten zu Laste liegen wir auch hier wieder, was die „Soziale Kultur“, herausgegeben von den beiden Volksvereinsmännern Hölz und Hohn, sagt:

Erzberger berechnet auf den Kopf der Bevölkerung an Reichsteuern 18,50 Ml., an Landesteuern 11,22 Ml., darunter 3,10 Ml. indirekte Steuern, so daß an direkten Steuern bleiben 8,12 Ml., wozu Erzberger bemerkt:

„Die indirekten Steuern in Reich und Bundesstaaten betragen pro Kopf 21,00 Ml., während die direkten Steuern nur 8,12 Ml. ausmachen, d. h. die indirekten Steuern befragen etwa 250 Prozent der Staatssteuern.“

So M.-Gladbach im Jahre 1905. Erzberger berechnet nun auch noch die direkten Steuern für Gemeinde, Provinz, Schule und Kirche und kommt zu folgendem Gefamtergebnis:

„Direkte Steuern: 17,52 Ml., indirekte Steuern 24,66 Ml. pro Kopf. Die Gesamtbefestigung durch indirekte Steuern ist höher als die durch die direkten Steuern!“

Herrn beweist M.-Gladbach das Gegenteil. Die gewandten Herren können schreien rechts, sie können schreien links – je nachdem wie das allmächtige Zentrum kommandiert.

## Soziale Rechtsprechung und Arbeiterberichtigung.

### Die Notwendigkeit eines einheitlichen Heilversfahrens für die verunglückten Arbeiter.

Einer der schlimmsten Missstände unserer Arbeiterversicherung liegt darin, daß der verunglückte Arbeiter in der Regel während der ersten 18 Wochen nach dem Unfall von seinem Krankenfassensatz, nach Abschluß dieser Zeit dagegen von dem Arzt der Berufsgenossenschaft behandelt wird. Oft genug wird infolge dieses unsinnigen „Rechtszustandes“ der verunglückte Arbeiter vom Beginn der 14. Woche nach dem Unfall ab einem ganz anderen Heilversfahren unterzogen als in der ersten Zeit seiner Krankheit. Das dies sehr nachteilig für die möglichst schnelle und gründliche Heilung der verunglückten Arbeiter ist, liegt auf der Hand. Daher sollte, schon um diesen Missstand zu vermeiden, die gesamte Arbeiterversicherung einheitlich durchgeführt werden. Allerdings haben die Berufsgenossenschaften nach den Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze das Recht, eine einheitliche Behandlung der verunglückten Arbeiter in der ganzen Zeit der Krankheit herbeizuführen. Sie können den Krankenfassens die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der 14. Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilversfahrens gegen Gesetz der Unfälle übertragen. Untererholt sind die Berufsgenossenschaften auch berechtigt, das Heilversfahren schon gleich nach dem Unfall vom Beginn der Krankheit an zu übernehmen. Letzteres wäre mit Sicherheit auf eine möglichst schnelle und gründliche Heilung der Verletzten sicher das Beste. Jedoch haben die Berufsgenossenschaften auch hier – wie überhaupt auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge – veragt. Die meisten Berufsgenossenschaften übernehmen das Heilversfahren während der ersten 18 Wochen nach dem Unfall in einer verschwindend kleinen Zahl von Fällen. Und das, trotzdem auch das Reichsversicherungsamt von jener in dem frühesten Heilversahren der Berufsgenossenschaften ein sehr geeignetes Mittel erblickt hat, die Verletzten, wenn möglich, völlig wieder herzustellen, und die schädlichen Folgen der Unfälle zu vermindern. Das Reichsversicherungsamt hat denn auch eine richtige Auswahl der Fälle, sowie rechtzeitige Übernahme und sorgfältige Ausgestaltung des Heilversfahrens den Berufsgenossenschaften wiederholst empfohlen.

In der letzten Zeit hat das Reichsversicherungsamt ganz besonders dankenswerte Vorarbeiten in bezug auf die Durchführung eines einheitlichen Heilversfahrens durch die Berufsgenossenschaften ausgeführt. Es hat eine besondere Urfürsprache darüber veranstaltet, wie die einzelnen Berufsgenossenschaften bei der Übernahme des Heilversfahrens innerhalb der ersten 18 Wochen vorgehen. Dann hat der Präsident des Reichsversicherungsamtes ein Stundschreiben an einige Ärzte gerichtet, die auf diesem Gebiete besonders erfahren sind, um die praktischen Beobachtungen in der Sache kennen zu lernen. Endlich hat das Reichsversicherungsamt mehrere gewerbliche Berufsgenossenschaften aufgefordert, ihre Ansicht, die sie gehabt hatten, daß sie nämlich mit der Übernahme des Heilversfahrens während der ersten 18 Wochen nach dem Unfall nicht allein gute Heilfolge erzielt, sondern auch Rentenbeiträge in nicht unerheblichem Maße erzielt haben, näher zu erläutern. Ferner erbat das Reichsversicherungsamt von zwei gewerblichen Berufsgenossenschaften, die nach ihrer Versicherung mit der Übernahme des Heilversfahrens in finanzieller Beziehung schlechte Erfahrungen gemacht haben, eine genaue Zusammenstellung der Fällen darüber.

Über das Ergebnis, daß diese Bemühungen des Reichsversicherungsamtes gehabt haben, veröffentlicht Herr Dr. W. A. Klein, Kaiserlicher Geh. Regierungsrat, in der letzten Nummer des Zentralblatts der Reichsversicherung einen vorläufigen Bericht. Nach demselben hat sich zunächst eine überaus große Übereinstimmung der Grundsätze ergeben, die die Berufsgenossenschaften bei der Übernahme des Heilversfahrens befolgen. Neben manchen Beweisen verständnisvoller und erfolgreicher Betätigung einer Anzahl Berufsgenossenschaften auf diesem wichtigen Gebiet ist zu erkennen, daß viel fach noch nicht in dem gebotenen Umfang und in geeigneter Weise vorgegangen wird. Die befragten erfahrene Ärzte stehen ausnahmslos der Übernahme des Heilversfahrens während der ersten 14 Wochen nach dem Unfall günstig gegenüber. Schließlich kommt der Berichtsteller auf Grund des gelösten Rechts und der praktischen Erfahrungen zu folgenden Zeitsätzen:

1. Ein rechtzeitiges und wirksames Heilversfahren der Unfallverletzten liegt im Interesse aller Verletzten, der Verletzten ebenso wie insbesondere auch der Berufsgenossenschaften usw. als Träger der Unfallversicherung, denen die frühzeitige Übernahme des Heilversfahrens innerhalb der ersten

18 Wochen nach dem Unfall nur aus angelegentlich empfohlen werden kann.

2. Es ist hinzuzuwirken auf eine möglichst frühzeitige Unfallversicherung (Unfallanzeige) mit genauer Beschreibung des Vergangs und insbesondere der Folgen des Unfalls. Ein schneller ärztlicher Berichtsericht erscheint erlaubt.

3. Eine möglichst sofortige Durchsicht der Unfallanzeige bei der Berufsgenossenschaft (Sektion) erscheint geboten, gegebenenfalls unter Bezeichnung eines Arztes.

4. Schneller Gutshalt über die Übernahme des Heilversfahrens durch ein Organ, das die einschlägigen Verhältnisse (auch bei den Krankenfassens, den behandelnden Ärzten usw.) kennt.

5. Mäßige Auswahl des Falles. Diese an sich medizinische Frage wird im einzelnen Fall vielleicht durch die ärztlichen Verhältnisse bei den Verletzten, den Krankenfassens, den behandelnden Ärzten usw. bestimmt.

6. Die Art der Behandlung hat sich nach dem Unfall Fälle zu richten. Fachärzte für ausgeschriebene Spezialleiden (Augenverletzungen, Nervenleiden usw.). Die Ausbildung der Ärzte in der Unfallheilkunde ist von den Versicherungssträgern zu fördern, ebenso die Errichtung von Hellanlagen für Unfallverletzte.

7. Eine Überwachung der zunächst nicht übernommenen Fälle durch Auftragen bei dem Arztreiber, der Krankenfass, dem behandelnden Arzt, dem Vertretermann, der Gemeindeschwester auf dem Lande usw., auch durch persönliche Vorstellung im Berufsgenossenschafts (Sektions) Bureau erweist sich von Nutzen.

8. Um die vielfachen Ausgaben und Interessen, die den Berufsgenossenschaften und den Sektionen, den Krankenfassens und Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung in einem örtlichen Bezirk gezieltsam sind, zu fördern, empfehlen sich Vereinbarungen der Beteiligten und lokale Vereinigungen.

Diese Leistung verdiene die Beachtung auch der Arbeiter. Wo sich die Gelegenheit dazu bietet, sollten die Arbeiter daran dringen, daß den Verunglückten gleich nach dem Unfall eine angemessene und gründliche, plaudernde Behandlung zuteilt wird. Freilich haben die Arbeiter keinen Einfluss auf die Praxis der Berufsgenossenschaften. Das ist auch der Grund, weshalb die Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiete ihre Aufgabe so schlecht erfüllen. Deutlich die Entscheidung sowohl darüber, ob in dem einzelnen Falle das Heilversfahren von der Berufsgenossenschaft übernommen und in welcher Weise es durchgeführt werden soll, kann wirklich sachgemäß nicht nach den Grundsätzen der Unternehmer, die in einer Linie soweit als möglich an den Ausgaben für die Arbeiter sparen wollen, getroffen werden, sondern nur aus den befreiten Verhältnissen der Arbeiter heraus erfolgen. Deshalb darf der Arbeiter nicht länger der maßgebende Einfluß auf die Praxis der Unfallversicherung vorbehalten werden, wenn die Heilbehandlung der verunglückten Arbeiter so verbessert werden soll, wie es notwendig ist.

## Mus den Bergsiedsgerichten.

**Dessau.** (Bergsiedsgericht vom 16. August) Vorsteher: Finanzamtmann Dr. Weigel aus Freiberg. Weißer aus der Mitte der Arbeitgeber: Oberstleutnant Schulte und Oberstleutnant Friedrich, beide aus Lugau. Aus der Mitte der Arbeitnehmer: Hauptmann Hahn aus Lugau und Oberhauptmann Günzel aus Dessau. Zur Verhandlung standen fünf Punkte. 1. Der Ausläufer Schafeld auf Lugau lagt gegen die Knappischabergenossenschaft, Sektion VII, auf Anerkennung seines Unfalls (Fußquetschung), welchen er am 2. Februar 1900 auf dem Holzjagdplatz in Lugau erlitten hat. Da Kläger durch Verrichtung von Arbeiten außerhalb des Betriebes seine Fußquetschung erlitten hatte, wurde er mit seinem Anspruch von der Berufsgenossenschaft abgewiesen. Nach Bekanntung durch den Vorsteher, daß hier keine Entschädigungspflicht besteht, zog S. die Klage zurück.

2. Dem Hauptversteher aus Lugau war von der Knappischabergenossenschaft, Sektion VII, seine seither bezogene 20 prozentige Rente ab 1. Juli 1900 entzogen worden, wogegen sie die Berufung richtete.

3. Am 1. Juli 1910 eine 10prozentige Rente erhalten. – 4. Am 1. Juli 1910 eine 10prozentige Rente erhalten. – 5. Am 1. Juli 1910 die Berufung des Bergarbeiter Schreiber in Quedlinburg, welche Ende schon zum zweiten Mal gegen obige Berufsgenossenschaft bestehen. Nach der Berufung des Bergarbeiter Schreiber in Quedlinburg, welche Ende schon zum zweiten Mal gegen obige Berufsgenossenschaft bestehen, bestreitet das Knappischabergenossenschaftsgericht, ein weiteres Gutachten des Herrn Dr. Schreiter in Wilsdruff einzuhören; die Sache wurde verlagert. – 6. Die Berufung des Bergarbeiter Schreiber, vertritt durch seinen Vormund, dem Bergarbeiter Bauer in Quedlinburg, gegen obige Berufsgenossenschaft, war infolge von Erfolg, als die Berufsgenossenschaft verurteilt wurde, die entzogene 10prozentige Rente weiter zu zahlen. – 7. Der Bergarbeiter Guld klagt gegen die Knappischabergenossenschaft Gottes Segen in Lugau wegen Verweigerung von Krankengeld. Kläger war am 1. Juni 1909 beim Radfahren in Chemnitz vom Rad gestürzt und hatte sich dadurch einen Bruch des rechten Fußgelenkes zugezogen. Den Einwand der Krankenfassensverwaltung, daß Kläger sich den Bruch durch Unachtsamkeit zugezogen habe, wurde er mit seinem Anspruch von der Berufsgenossenschaft abgewiesen. Den Bruch des rechten Fußgelenkes zugezogen, wobei er bei einer Rennfahrt, wo bei er bestimmtlos liegen







## Bergarbeiterergebnisse

handen war. Er verordnete sofortige Überweisung zum Krankenhaus in Bardeburg an. Diese Anordnung war aber überflüssig, denn ganz kurze Zeit darauf war der Kranke eine Leiche. Dieser Vorgang hat unter der Bevölkerung eine kolossale Entzitterung hervorgerufen. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Sache angewandt. Am 21. August ist die Leiche ausgegraben worden, um die Ursache des Todes festzustellen.

Auf denselben Tage (16. August) schickten die Cholerleute Sch. ebenfalls bei Herzogentrat zu Dr. Dunkel, daß er ihr krankes Kind besuchen möge. Herr Dr. Dunkel kam aber nicht, und am andern Morgen war das Kind eine Leiche.

Der jugendliche Bergarbeiter Sch. (auch bei Herzogentrat) kam am 10. August zu Fall und erlitt einen Armbruch. Herr Dr. Dunkel als ständiger Knappenschaftsarzt behandelte den Kranken bis zum 20. August. Er hatte dem Patienten Salbe verordnet, womit er den zerbrochenen Arm gut eingerieben möge! Da der zerbrochene Arm durch diese Übungen nicht heilte, im Gegenteil, so immer mehr Schmerzen empfand, ersuchte dieser Dr. Dunkel am 20. August, nachdem er 10 Tage vergebens den zerbrochenen Arm eingerieben hatte, er möge ihm eine Überweisung zum Krankenhaus schreiben. Darauf erklärte aber der Arzt, daß er dies nicht tun könne, denn wenn er dies täte, dann würde er sich in den Augen der Krankenhausärzte lächerlich machen. Als der Kranke eine Überweisung nicht erhielt, aber einfah, daß sein Zustand immer schlimmer wurde, begab er sich auf seine eigenen Kosten zum Oberarzt am Krankenhaus in Bardeburg. Dieser sah gleich ein, was los war. Er stellte einen Armbruch fest und nahm den Kranken auch in Behandlung. Nachträglich ist die Überweisung von Dr. Dunkel an den Knappenschaftskrankenhausarzt erfolgt.

Dem Katerarbeiter Th. in Herzogentrat war bei der Arbeit eine Stoßkarte auf einen Fuß geschlagen und mußte sich deshalb in ärztliche Behandlung begeben. Herr Dr. Dunkel behandelte denselben längere Zeit. Dann meinte Dr. Dunkel, daß Th. mit dem verletzten Fuß doch noch arbeiten könne. Als die Einwendungen des Verletzten den Arzt nicht überzeugen konnten, daß er nicht arbeitsfähig sei, willigte Th. ein, daß er den Versuch machen wolle, zu arbeiten. Er begab sich am anderen Tage unter heftigen Schmerzen zur Arbeit. Mit großen Anstrengungen war es ihm gelungen, die Arbeitsstätte zu erreichen. Arbeiten war ihm aber gänzlich unmöglich. Er mußte sich einen neuen Krankenschrein nehmen, ging aber diesmal nicht zu seinem zuständigen Sprengelarzt, sondern begab sich zum Knappenschaftskrankenhaus in Bardeburg. Nach erfolgter Untersuchung mußte er sofort im Krankenhaus verbleiben und wurde dafür dreißig Wochen lang bestlägerig behandelt.

So weit die Tatsachen, die wohl beweisen dürften, daß die Wurmburgleute alle Ursache haben, über die humane Behandlung der Herren Knappenschaftskräfte anders zu denken, als es in der oben erwähnten Konferenz von einem Knappenschaftsarzt ausgedrückt wurde. Wir richten den Appell an die Kameraden im Wurmburgkreis, daß sie durch solche Behandlung seitens der Knappenschaftskräfte einschätzen lernen, wie dringend notwendig die Bergarbeiter ihrer Berufsgesellschaft bedürfen. Nur wenn die Bergleute im Wurmburgkreis gefangen zusammenstecken, werden sie auch den "hohen" Herren Knappenschaftskräften zeigen können, daß eine solche Behandlung eine menschliche und richtige ist, und daß die Bergarbeiter eine bessere Behandlung für ihr schweres Geld verlangen können. Deshalb, Kameraden, legt eure Gleichmäßigkeit ab, agiert für eure Organisation und ruhet nicht eher, bis ihr den letzten unorganisierten Kameraden eurer Organisation, dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands, als Mitglied zugeführt habt.

## Heulende „Christen“.

Im „Bergknappen“, dem „allerchristlichsten“ Zentralorgan für die M.-Gladbach Bergarbeiter, vom 21. August, sucht ein gewisser Walter von Linden (wie vermutet hinter ihm der Schreiber) über die öffentliche Bergarbeiterversammlung vom 8. August, in welcher er referierte, in einem „christlich-trifftierten“ Bericht seine dort erlittene Plauderei dadurch fort zu estammtieren, indem er die Versammlung als gegen – das Christentum, gegen die – Religion gerichtet, hinstellt. Mit dieser Unterstellung verluden die „christlichen“ Totschenspieler immer noch Eindruck auf eine Sorte von Arbeitern zu machen, die Auguste von uns selbst die allerklasse in mir steuern. Und als Anhänger derselben politischen Partei, die Wissenschaft einigt, die Partei der erfolglosen Halunken gekennzeichnet hat, hält es ihnen mit der Wahrheit nicht so genau und so verführen sie es nach den Worten Windthorst's, sich mit Gotteshilfe gründlich durchzulegen. Das Regret besagt auch der Schreiber im „Bergknappen“, und nur noch einige solcher Leistungen, dann bliebe er sich den M.-Gladbach Wirtschaftsrat verdient haben. Ich bin schon mehrfach in dem Zentralorgan der „christlichen“ Bergarbeiter von M.-Gladbach als Gotteslästerer und Religionspüter hingestellt worden, aber in den Versammlungen, wo ich derartige Unarten begangen haben sollte, wo ich den Arbeitern ihre „heiligsten Ideale“ so schön gezaubert habe, wo ich mich als „Abgesandter des Teufels“ produzierte und wo es ein leichtes gewesen wäre, mich gründlich hinauszuholen, da schworen diese „Gotteskrieger“, da hatten bisher diese Kämpfer für die „heiligsten Ideale“ keine Worte, sondern verkrochen sich noch in den „Bergknappen“ und sandte ich dem Organ für „Wahrheit und Recht“ eine Meldungstellung seiner falschen und absichtlich entstellten Berichterstattung, dann unterwarf die „christliche“ Redaktion diese Meldungstellung.

In dem Bericht von Linden, „wozu Bergarbeiterversammlungen mißbraucht werden“, heißt es zunächst, ich sei bekannt durch meine „Siege“ über den Gewerksverein in Saarabien. Was soll das? Wenn man auf meine saarabische „Siege“ höhnisch hinweist, so will ich mitteilen, daß der Gewerksverein in Saarabien fast ausgespielt hat und schon ganz ausgespielt haben würde, wenn die Saarbergleute die Koalitionsfreiheit besäßen. Mit Hilfe der Bergarbeiterverwaltung und der Polizei treiben sie uns im ganzen Revier die Säle ab, so daß wir nicht zu den Bergleuten sprechen können, und die „christlichen“ Marschälle verweigern überall die Diskussion.

Von gewerkschaftlichen Fragen war in dem Referat L. nichts zu finden. Dasselbe bestand aus Angriffen auf den Gewerksverein und das Christentum. Diese Angriffe wurden von den Kameraden Walter und Kühne in treffender Weise zurückgewiesen. So zu lesen in dem Zentralorgan. Aber der lezte Satz zeigt, daß der Schreiber noch nicht fertig ist, denn sonst müßte es heißen: „Diese Angriffe wurden von den Kameraden Walter und Kühne in treffender, durchaus sachlicher, unüberleglicher, einwandfreier, kompetenter Weise mit zwingender, unbefangener Logik, in fesselnder und packender Form zurückgewiesen.“ Der Schreiber hat den Marshallstab noch nicht im Kopf, muß vorläufig noch als M.-Gladbach Korporal weiter dienen.

Die Sache selbst bemerkte ich, daß Kühne seine „Diskussionsrede“ mit folgenden Worten einleitete: „Kamerad Leimperter hat heute mal ausnahmsweise einen sachlichen und gewerkschaftlichen Vortrag gehalten, dem ich nichts mehr zuzufügen hätte, wenn er den christlichen Kameraten nicht noch einige Seiten hiebe versetzt hätte.“ Kühne nannte den Vortrag – er behandelte Knappenschaftsangelegenheiten – sachlich und gewerkschaftlich. Walter und der Zentralknappen behaupten das Gegenteil. Wer von beiden Teilen liegt nun? Hat Kühne in der Versammlung gelogen oder liegt der „Bergknappen“? Einer von ihnen befindet sich also in der Gesellschaft der „verlogenen Halunken“. Dann soll ich nach dem „amtlichen Stenogramm“ des „christlichen“ Schreibers gesagt haben:

„Wenn morgen der Gewerksverein aufhört, dann gibt es keine unchristlichen Bergarbeiter mehr, dann sind wir alle Christen. Wenn der Bischof von Köln mit 54 000 M. Einkommen in den Himmel kommt, dann kommen wir mit unseren paar Pfennigen auch hinein. Die oberen 10 000 müssen ja direkt in der Hölle braten, da ist es gut, wenn wir schaffen und uns schinden, damit sie mehr Bett ansetzen, dann kann sie der Teufel desto besser schmoren und rösten, wir aber werden im Himmel belohnt. Kamerad Walter hat übrigens ein Dutzend Schlüsse zum Himmelreich, wenn wir gut Miete bezahlen, dann läßt er uns wohl auch hinein. Meinem Freund Walter gebe ich den Stat, am 1. Januar in die Kirche zu gehen und bis zum 31. Dezember darin zu bleiben. Graf Ballenstedt sagt vierjährig zum Himmel und der Wendel hat seine eigenen Kirchen. Die Herren, die vor Arbeitersfürsorge und Christentum triefen. Herr Walter mag seine Tüftlungen und Krost aufzutragen, um die Herren vom Bergbauischen Verein christlich zu machen. Aber das wird man ihm 30 M. geben und sagen: Hier, Walter, fahren Sie nach Düsseldorf und lassen Sie sich in die Freienstadt aufnehmen.“

Das ist Satz um Satz komplettet Blödsinn und würde ich so gesprochen haben und die beiden „Großen“ der M.-Gladbach hätten dann nicht gründlich abgeführt, so müßten sie ja noch blödsinniger und dümmer sein, als es die Polizei erlaubt. Was eine einzige Bergarbeiterfamilie erzielen kann, wies ich an den Vorgängen in England nach, wo es den

Bergleuten gelungen ist, ohne Streik die geplanten Angriffe der Unternehmer zurückzuweisen, während die deutschen Bergleute sich Vohnabzüge, Prügel auf den Magen, Verschlechterung des Knappenschaftswesens zugänglich lassen müssen, nur weil sie sich in den verschiedenen Organisationen gegenseitig zerstreuen, weil die „christlichen“ in Saarbrücken ausdrücklich betonten, daß sie sich auf dem Holzweg befinden, wenn sie mit dem Verband gemeinschaftliche Sache machen oder nur so handeln, daß sie die Anerkennung des Verbands erzielen. Der Verband kämpft gegen die Unternehmer und da müsse der Gewerksverein schon direkt oder indirekt mit den Unternehmern gegen den Verband kämpfen, sonst befände er sich auf dem Holzweg und so erlaubte Gelster wie die M.-Gladbach Marschälle befinden sich nie auf dem Holzweg, wohl aber die Arbeiterschaft, die hinter diesen Marschällen einherläuft. Die deutschen Bergleute seien und blieben zur Ohnmacht verdammt, solange sie in den verschiedenen Verbänden den Bruderklampf führen, worauf der M.-Gladbach sprach, sich in Scheideleien ergangen und persönlich gefährliche Angriffe auf die christlichen Gewerkschaften und deren Beamte gerichtet haben. Doch nicht genug damit – Welch ein Blödsinn, christliche Bergvölker, oh, macht es doch bekannt – er soll mit den Sozialdemokraten einen Heidenkampf – wohlgemerkt keinen christlichen – gemacht, ja sogar gebracht haben, handgreiflich zu werden – Welch ein Blödsinn – so daß die Versammlung der Auflösung verfiel. In dem Zentralblatt „Sötheinger Volksstimme“ war die Geschichte noch viel grauslicher zu lesen, da hatte Wissmann sogar die Religionsanschauungen der christlichen Beamten angegriffen. Karius kann schreiben rechts, kann schreiben links, wie es eben paßt. Was ist nun Wahrheit an der Schauermäß? Zu der christlichen Versammlung in St. Marie waren unsere Mitglieder von dem „christlichen“ Vertrauensmann eingeladen, da er jedenfalls der nicht unbekündeten Ansicht war, daß die Anhänger des Gewerksvereins in St. Marie noch nicht einmal genügend, einen Lisch, vielmehr einen Saal wußten zu besetzen. Karius sprach nun über schlechte Lohnverhältnisse, kurz und gut, über die miserabile Lebenslage der Bergarbeiter, vergaß aber dabei, auch die neuen Konsumsteuern zu berichten. Wissmann half dieser Vergessenheit in der Diskussion nach und der stürmische Beifall der Anwesenden zeigte, daß er ihnen aus dem Herzen sprach, als er betonte, daß es Pflicht eines jeden Gewerkschaftsbeamten sei, nicht nur über die schlechten Löhne und die Unternehmer loszugehen, sondern auch jene zu brandmarken, welche in Zeiten schlechter Konjunktur dem Arbeiter durch hohe Steuern seinen Lebensunterhalt verschlechtert und verteuert. Karius wußte auch in seiner Entgegnung noch nichts von dieser Volksbelastung zu erzählen, sondern kam mit den alten Märchen von Singers Mantelnerinnen, dem „Vorwärts“ und Hegelhäusern. Als Wissmann nun anfragt, ob er nach Beendigung der dreifachen Schwindelrede nochmals das Wort zur Erwideration erhalte, erklärte der „Schlaue“ Karius, er spricht jetzt das Schlußwort. Doch sieh er mit diesem Mandator herein, denn mit einem dreifachen Hoch auf den alten Verband verließen die Anwesenden, bis auf ein halbes Dutzend „christliche“ und Gelbe, das Lokal und Karius konnte sein Schlußwort mit nach Hause nehmen. Daß hier die Wurmeite, können wir verstehen, aber daß deswegen auch die Kameraden aller Bergbaureviere Leidwesen bekommen und die Blamage unseres lieben Freunden Karius alter Welt erzählen sollen, ist denn doch zweifelhaft.

Wenn die Versammlung von dem rein gewerkschaftlichen Thema abgetrennen ist, dann nur durch das Auftreten Walters und wenn darin Worte geflossen sind, die verschiedenen Leuten nicht angenehm sein sollten, so sind sie produziert worden durch die „christlichen“, die damit wiederum den Beweis erbracht haben, daß sie dem wahren Christentum fortgelebt und unendlich schaden, weil durch sie Diskussionen herausbeschworen werden, die in gewerkschaftlicher Versammlungen nicht hineingehören, auch nicht hineinkommen würden, wenn es keine M.-Gladbach gäbe. Jede Wirkung hat ihre Ursache und hier war die Ursache Walter, wie sie in tausend anderen Versammlungen andere M.-Gladbach gewesen sind.

Und nun verlohnzt es sich wohl auch, einige Worte darüber zu verlieren, warum ich christliche Gewerkschaftsagitatoren unter anderem auch mit Witz an arbeite. Herr Walter verläßt sich darüber sehr. Ich habe ihm weniger den Gelächter preisgeben wollen, da er ja noch nicht zu den superstitiösen angestellten Bergaposteln des M.-Gladbach Christentums gehört. Für ihn heißt es: Mitgefangen, mitgehangen.

Das Verhalten der meisten christlichen Agitatoren ist in Versammlungen derartig, daß es schwer fällt, sachlich sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Durch und durch verlogen, frech und niederrüdig, so spielen sich die Herrschäften ihrem Begier gegenüber aus. Und doch neunen sie sich Christen. Wer nicht in ihr Horn tutet, ist gemein, unchristlich, wird derartig beschimpft, daß die christlichen Herrschäften nicht mehr aus der Aufklagebank herauskommen. Ich verzweife nur auf den Verleumdungsfall gegen die Verbandsführung hin. Aber bei den Christen reißt sich Arbeiterverrat an Arbeiterverrat. Und doch stellen sich diese Leute hin, so erhaben, so zuhrende und nehmen für sich allein in Anspruch, die wahren Lehren des Christentums zu predigen. Dieser Heuchelei trete ich mit allen Mitteln entgegen, die mir zu Gebote stehen, mit Ernst und mit der Satyre. Ich behandle die M.-Gladbach Bergälteste als Schänder des wirklichen Christentums und als Verkörpern an ihren Arbeiterschwestern! Ich kann nicht anders handeln, will ich den Arbeitern dienen, als überall, wo es mir möglich ist, den Heuchlern die Maske vom Gesichte zu reißen. Es ist das eine notwendige Aufgabe, für die uns ehrlich und wirklich christlich denkende Arbeiter dankbar sein sollten.

J. O. Leimperter.

## Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Gotha.** Die hiesigen „christlichen“ organisierten Bergarbeiter hielten am 21. August eine Versammlung ab, in welcher folgende Resolution angenommen wurde: „Die heute abend im Saale des Posthauses sehr gut besuchte Belegschaftsversammlung nimmt von dem schlechten Stande der Arbeiters- und Lohnverhältnisse im Harzbergbau Kenntnis. Sie begrüßt mit Freuden, daß die christlichen Gewerkschaften zwecks Errichtung besserer Lohnverhältnisse im Herz die ersten Schritte bereits unternommen haben. Sie beauftragt die Bezirksleitung des Gewerkschaftsvereins, eine diesbezügliche Deutschrundschule anzufertigen, verspricht hierzu Material sammln zu helfen und erwartet, daß die Breitbach-Braunschweigische Bergbehörde den berechtigten Wünschen Rechnung trägt, damit die Löhne der Harzbergleute auf den Standpunkt gestellt werden, die den heutigen, teuren Lebensmittelpreisen entsprechen.“ Die Geschichte wäre zum Lachen, wenn sie nicht gar zu traurig wäre. Waren es denn nicht gerade die allerchristlichsten Volksvertreter, die dem arbeitenden Volk eine Flut neuer belastender Steuern aufgepakt haben? Auch die Leiter der christlichen Gewerkschaften im Parlament haben so arbeiterbelastend sich betätigt, und jetzt müssen die christlichen Arbeiter gegen die Folgen dieser Politik ihrer Führer sich wehren. Lebhaften brauchen die traurigen Lohnverhältnisse der Harzer Bergleute nicht erst noch festgestellt zu werden. Darüber liegt seit 1906 amtliches statistisches Material vor, dessen Ergebnisse seinerzeit vom alten Bergarbeiterverbande gebührend hervorgehoben sind. Es kommt lediglich darauf an, daß die Bergherren dem Rechnung tragen. Aber es fehlt.

**Höxter.** Trotzdem die Kampagne im hiesigen Bezirk schon eingezogen und fast überall die Leute überarbeiten müssen, kann von einer Besserung der elenden Löhne nichts gespürt werden. Ein Wunder ist es nicht, wenn „Bergarbeiter“ beim Katerfrühstück die „Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter“ in Bobeschnitten befürworten und sich damit brüsten, daß man nicht mitgestreikt habe. Solange die Leute mit Blindheit geschlagen sind und den Sirenenlärm solcher Arbeiter und Beamter nachlaufen, ist Besserung nicht zu erwarten. Da kann das Profitinteresse der Unternehmer blühen und das Meer von vergossenem Arbeiterschlund weiter anschwellen. Nebenbei, auf fast allen Schächten, mehrere sich die Unglücksfälle. Am 12. August wurde wieder ein Arbeiter zum Krüppel gequält. Auf all die Anfragen hat die Bergbehörde der Bezirksleitung nicht geantwortet. Jetzt hat ein Beamter sich die Verstümmelung mit eigenen Augen ansehen können. Hoffentlich bleibt nun mehr die Antwort nicht aus. Wie sind solche zahlreichen Unfälle möglich? So wird sich der Uneringewisse fragen. Die Antwort ist leicht. Der hiesige Kapitalismus wirft alte erfahrene Arbeiter auf das Strassenstück und stellt Leute ein, die der deutschen Sprache nicht mächtig und vielleicht überhaupt Alphabeten sind, die Kurzzeichen, Signale und Zeichen nicht verstehen. Untererstes ist wieder die kolossale Antreiberi daran schuld, daß die Leute gewöhnen sind, die einschlägige Vorschriften außer Acht zu lassen. Jetzt, da die Organisation sich mit den Verhältnissen auf den Gruben befaßt, droht man in den Schredenstuf aus: „Solange der Heizer in Schöningen wohnt, bekommen wir wahrscheinlich keine Ruhe mehr!“ Wir können den Verwaltungen nur verraten, daß die Organisation nicht eher ruht, bis man menschenwürdige Zustände schafft. Auf Kauzleben wird man zwei Arbeiter aus der Arbeit, weil sie von ihrem Organisationsrecht Gebrauch machen und erbölden sich nicht, den Leuten beim Abgang vor der Mannschaft eine Strafspredigt zu halten, indem man nachweist, was die Leute vor 30 Jahren verdient haben. Wenn an diesen Leuten die Zeichen der Zeit spurlos vorübergegangen sind, so können aber die Arbeiter das von sich nicht sagen. Gestraft räubt man den Leuten den letzten Groschen durch indirekte Steuern aus der Tasche, verlangen sie aber mehr Lohn, so weiß man den Leuten nach, daß sie schlechte Wirtschafter sind, da man vor 30 Jahren noch weniger verdient habe. Auf Grube Emma scheint der Obersteiger nichts weiter zu tun zu haben, als sich mit dem Verband zu beschäftigen. Mit alten Häubergeschichten sucht er die Leute zu bewegen, aus dem Verband auszutreten. Wer austritt, bekommt gute Arbeit und verdient Geld. Leider muß gesagt werden, daß ein Teil der Arbeiter auf den Beimhergehenden ist. Dieses System muß aber mit dem Moment aushören, wo die Arbeiter sich ihrer Lage bewußt werden. Wenn kein Organisierter vorhanden ist, wen will man denn bevorzugen? Und wenn alle organisiert sind, so hören die Diensthalterungen von selbst auf. Das sehen die Arbeiter aber vielleicht nicht ein, das heute nur alles danach angelegt ist,

auf ihren Knochen Goldberge zu schinden. Von Blöd auf in Blöde wird geweckt, daß auf dem achten Berg die Ollampen nicht mehr brennen und man die Karbidlampen gebraucht, welche die Gesundheit der Arbeiter schwer schädigen. Höflich genug sind diese Leute und man schafft Blöde. Wenn man alles in Betracht zieht, so hat hier die Organisation noch eine sehr schwere Aufgabe zu erfüllen. Die Ausgabe wird leichter, sofern die Indifferenzen der Organisation betrieben und wir über ein starkes Heer von Kämpfern verfügen.

## Süddeutschland und Reichslände.

**Sötheingen.** (Ein unerhörter Vorfall.) So besteht sich das neueste „geistige“ Erzeugnis des „Sozialisten“ Karius in Nr. 25 des „Bergknappen“. Wissmann soll in einer „christlichen“ Versammlung zu St. Marie aufchein am 18. August, wo der „christliche“ Karius sprach, sich in Scheideleien ergangen und persönlich gefährliche Angriffe auf die christlichen Gewerkschaften und deren Beamte gerichtet haben. Doch nicht genug damit – Welch ein Blödsinn, christliche Bergvölker, oh, macht es doch bekannt – er soll mit den Sozialdemokraten einen Heidenkampf – wohlgemerkt keinen christlichen – gemacht, ja sogar gebracht haben, handgreiflich zu werden – Welch ein Blödsinn – so daß die Versammlung der Auflösung verfiel. In dem Zentralblatt „Sötheinger Volksstimme“ war die Geschichte noch viel grauslicher zu lesen, da hatte Wissmann sogar die Religionsanschauungen der christlichen Beamten angegriffen. Karius kann schreiben rechts, kann schreiben links, wie es eben paßt. Was ist nun Wahrheit an der Schauermäß? Zu der christlichen Versammlung in St. Marie waren unsere Mitglieder von dem „christlichen“ Vertrauensmann eingeladen, da er jedenfalls der nicht unbekündeten Ansicht war, daß die Anhänger des Gewerksvereins in St. Marie noch nicht einmal genügend, einen Lisch, vielmehr einen Saal wußten zu besetzen. Karius sprach nun über schlechte Lohnverhältnisse, kurz und gut, über die miserabile Lebenslage der Bergarbeiter, vergaß aber dabei, auch die neuen Konsumsteuern zu berichten. Wissmann half dieser Vergessenheit in der Diskussion nach und der stürmische Beifall der Anwesenden zeigte, daß er ihnen aus dem Herzen sprach, als er betonte, daß es doch bekannt – er soll mit den Sozialdemokraten einen Heidenkampf – gemacht, ja sogar gebracht haben, handgreiflich zu werden – Welch ein Blödsinn – so daß die Versammlung der Auflösung verfiel. In dem Zentralblatt „Sötheinger Volksstimme“ war die Geschichte noch viel grauslicher zu lesen, da hatte Wissmann sogar die Religionsanschauungen der christlichen Beamten angegriffen. Karius kann schreiben rechts, kann schreiben links, wie es eben paßt. Was ist nun Wahrheit an der Schauermäß?

**Petenhäusern.** Von der Knappenschaftswahl wird und noch geschrieben: Am Sonntag, den 22. August, fand in Petenhäusern die Knappenschaftswahl statt, wobei zum ersten Mal der Proporz zur Anwendung kam. Obwohl von den Begleitern vor der Wahl schon der Verbandsliste eine schmäßliche Niederlage prophezeit wurde, so verwandelte sich diese Niederlage in einen glänzenden Sieg. Der Erste des Verbandes standen drei gegnerische Listen gegenüber. Wie wenig Bugkraft aber ein schwarzer gelber Kandidat dieser drei Listen besaß, verdankt das Wahlergebnis. Karius, er spricht jetzt das Schlußwort. Doch sieh er mit diesem Mandator herein, denn mit einem dreifachen Hoch auf den alten Verband verließen die Anwesenden, bis auf ein halbes Dutzend „christliche“ und Gelbe, das Lokal und Karius konnte sein Schlußwort mit nach Hause nehmen. Daß hier die Wurmeite, können wir verstehen, aber daß deswegen auch die Kameraden aller Bergbaureviere Leidwesen bekommen und die Blamage unseres lieben Freunden Karius alter Welt erzählen sollen, ist denn doch zweifelhaft. Petenhäusern ist es ungünstig, daß die Kameraden so weiter arbeiten, wie in letzter Zeit und unablässig für die Stärkung der Organisation sorgen. Es werden dann auch noch sonstige in Petenhäusern herrschende Missstände verschwinden, was auch höchste Zeit wäre. Darum, Kameraden, ruht nicht eher, bis der letzte Mann im Verband ist, dann wird der Sieg vom 22. August auch die richtigen Früchte zeitigen.

## Letzte Nachrichten.

## Breslau gegen Düsseldorf.

Als eine besondere Eigenart des Breslauer Katholikentages, der am 29. August eröffnet wurde, kann angesehen werden, daß in den Ar

## Bergarbeiter-Zeitung

**An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen.**  
Wie bekannt, wurde am 1. September der 1908 auch für das Ruhrgebiet mit der Einführung der Jahrskarten begonnen. Da nun vom 1. September ab die Karten zum Umtausch nach dem Hauptbüro gesandt werden müssen, so bitten wir zu beachten, daß beim Einenden der Karten, falls das Mitglied nicht mehr in der Wahlstelle wohnt, welche auf der Karte eingerragen ist, stets auf der Karte oder durch Einlegen eines Scheckes ein Vermögen gemacht werden muß, welcher Wahlstelle das Mitglied beim Abenden der Karte angehört. Dieses gilt auch für diejenigen Kameraden, die auswärtscheine Reviere, welche Karten einsenden, damit Versendungen vermieden werden.

Bei Revidierung der Kartenbelege ist es in leichter Zeit aufzufallen, daß sich einige Ortsverwaltungen bei Auszahlung der Gewerkschaftsunterstützung nicht strikt nach den Bestimmungen des § 15 Absatz 1 des Statuts richten. Es heißt im Schlusssatz dieses Absatzes ausdrücklich: daß die Mitglieder am Orte unter Ausziehung des Bezirksleiters zu untersuchen haben, ob tatsächlich Wahlregelung vorliegt. Der Vorstand beschließt entgültig."

Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, genau nach diesen Bestimmungen zu handeln, andernfalls werden die Belege beanstandet und den fraglichen Wahlstellen zurückgefordert.

**Achtung, Vertrauensleute!**

Es ist wiederholt vorgekommen, daß einzelne Vertrauensleute die Überweisungskarten insfern falsch ausspielen, daß sie unter der Rubrik "Straße" diejenige Straße aufführen, in welcher das zugehörige Mitglied zuletzt gewohnt hat; das kann dem Vertrauensmann, der das zugehörige Mitglied erhebt, nichts nützen. Es muß das Verteilere der Vertrauensleute stets sein, bei etwaigen Umzügen von dem verzeichneten Mitgliedsstraße und Hausnummer der neuen Wohnung in Erfahrung zu bringen und diese dann auf den Überweisungskarte anzugeben. Die Vertrauensleute, die zugehörige Mitglieder erhalten, würden dies eine bedeutende Erleichterung sein.

Der Vorstand.

**Achtung! Einzelmitgliedern und Personen, welche Geld an die Hauptstelle zu senden haben, ohne im Besitz von Wahlkarten des Verbands zu sein, mögen solche an den Postschaltern verlangen. Dieselben werden unentbehrlich verabfolgt und sparen die Einsender auch das Porto, welches bei Benutzung von Postanweisungen zu zahlen ist. Folgende Adressen ist zu benutzen:**

**Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum.**

**Scheckkonto Nr. 3287. Scheinkontor Köln.**

**Achtung! Schöningen, Alversdorf, Osterode, Höxter, Höxter.**  
Die ist den 5. September nach Schöningen einberufene Bergarbeiterversammlung kann wegen anderweitiger Befestigung des Lokals nicht in Schöningen stattfinden, sondern findet am selben Tage, nachmittags 3 Uhr in Höxter statt. Die Bergarbeiter von den genannten Orten wollen sich zahlreich beteiligen.

Joseph Brieck, Bezirksleiter.

**Marien.** Sonntag, den 5. September, nachmittags 1½ Uhr: Abmarsch nach Bochum zum Wahlstellenfest. Die Beteiligung aller Kameraden erwartet.

Der Vertrauensmann.

**Wahlstellen-Versammlungen und Steuertage.**

**Bochum.** Jeden Montag nach dem 1. des Monats, nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Ring.

**Hettensleben.** Jeden ersten Samstag im Monat, abends 8 Uhr, beim Narrenmarkt, Rathausmarkt.

**Marienstein.** Jeden Sonntag nach dem Wahltag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt in Marienstein.

**Wolmirstedt.** Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats.

**Burghausen.** Jeden ersten Sonnabend im Monat, im Lokale des Herrn Emil Beuchner.

**Wiedenbrück.** Jeden Sonntag nach dem Wahltag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte.

**Wünnen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Dörr.

<b